

Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

des: Rates
vom: Mittwoch, 14. Februar 2007

VIII. Sitzungsperiode / 20. Sitzung

Ort: Wieboldsaal, Haus Wilmers im OT Südlohn
Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 20.30 Uhr

Anwesenheit:

- | | | | |
|------|-----------------|-----|-------------------------|
| I. | Vorsitz: | 1. | Bürgermeister Beckmann |
| II. | Ratsmitglieder: | 2. | Bischof, Josef |
| | | 3. | Bone-Hedwig, Maria |
| | | 4. | Bonse-Geuking, Anette |
| | | 5. | Dapper, Monika |
| | | 6. | Engbers, Frank |
| | | 7. | Frieling, Hermann-Josef |
| | | 8. | Spicker, Christian |
| | | 9. | Harmeling, Thomas |
| | | 10. | Kahmen, Alois |
| | | 11. | Lüdiger, Karlheinz |
| | | 12. | Mürmann, Anneliese |
| | | 13. | Osterholt, Günter |
| | | 14. | Pass, Wilhelm |
| | | 15. | Plewa, Ingo |
| | | 16. | Rathmer, Norbert |
| | | 17. | Vedder, Christian |
| | | 18. | Bergup, Günter |
| | | 19. | Gröting, Ludger |
| | | 20. | Große Venhaus, Franz |
| | | 21. | Sievers, Alfons |
| | | 22. | Schmeing, Manfred |
| | | 23. | Stödtke, Rolf |
| | | 24. | Schlechter, Jörg |
| | | 25. | Schleif, Josef |
| III. | Entschuldigt: | 26. | Battefeld, Jörg |
| | | 27. | Brüning, Hans |
| IV. | Ferner: | 1. | AL 20 – Wilmers |
| | | 2. | AL 60 – Vahlmann |

Der Bürgermeister (**BM**) stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner schlägt er vor, die Tagesordnung unter TOP III.2.4 - Vergabe eines Wohnbaugrundstückes im Baugebiet Eschlohner Esch (Sitzungsvorlage Nr. 80347) zu ergänzen.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

I. Nichtöffentlicher Teil

TOP 1: Personalangelegenheiten

II. Öffentlicher Teil

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2006

Beschluss: **Einstimmig**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2006 wird genehmigt.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 (Sitzungsvorlage Nr. 80342)

Bevor in die Beratung und Beschlussfassung für den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung eingetreten wird, zitiert der **BM** aus dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW, wonach die Gemeinde bei den Punkten strukturelles Defizit, Schuldenstand und laufende Einnahmen je Einwohner je eine grüne Ampel bekommen hat. Außerdem weist er auf die Vorlage 80342 hin, sowie auf eine Änderung des Betrages der Jugendamtsumlage. Dieser wurde entgegen der Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss versehentlich nicht geändert und hat gegenwärtig noch den alten Stand.

2.1 Haushaltsplan 2007

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2007 waren vom **BM** in der Sitzung am 13.12.2006 eingebracht worden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 22.01.2007 sehr eingehend über den vorliegenden Haushaltsplanentwurf beraten und verschiedene Änderungsvorschläge erarbeitet. Diese Vorschläge sind mit Ausnahme der Jugendamtsumlage inzwischen in den vorliegenden neuen Entwurf eingearbeitet worden, der jedem Ratsmitglied vorliegt.

Die **CDU-Fraktion** verweist in ihrer Stellungnahme auf die verbesserte finanzielle Situation der Gemeinde durch die konjunkturelle Erholung. Damit werden Handlungsspielräume gewonnen, die zukünftig benötigt werden. Die Strategie der vorsichtigen Kalkulation hat sich bewährt und wird von der **CDU-Fraktion** ausdrücklich unterstützt.

Viel Geld muss wieder an den Kreis gezahlt werden. Wenn 17 Gemeinden aber in den Widerspruch gegen die Kreisumlage gehen, zeugt dies von einem nicht geklärten Selbstverständnis von kommunaler Zusammenarbeit. Es wird mehr Transparenz beispielsweise in den Bereichen Müllgebühren und NKF vom Kreis eingefordert.

Unwägbarkeiten sieht die **CDU-Fraktion** auch in der Einführung des NKF. Für sie ist es nicht hinnehmbar, wenn freiwillige Leistungen reduziert werden müssen, um eine aufgezwungene Haushaltssystematik zu erfüllen.

Der demographische Wandel ist eine der Herausforderungen der kommenden Jahre. Insbesondere in der Schul- und Jugendarbeit steht die Gemeinde hier im Wettbewerb, um eine positive Gemeindeentwicklung zu gewährleisten.

Hinsichtlich der Baulandentwicklung unterstützt die **CDU-Fraktion** den **BM** bei seinem Vorgehen, nur in verantwortbare Verhandlungen mit Grundstückseigentümern einzutreten. Ebenso ist die innerörtliche Entwicklung voranzubringen.

Die **CDU-Fraktion** stimmt dem Haushalt zu.

Die **UWG-Fraktion** kritisiert die hohen an den Kreis zu zahlenden Umlagen und fordert verschiedenste Maßnahmen im Jugend- und Schulbereich. Eine offene Ganztagschule soll es geben, wenn Eltern dies wünschen.

Außerdem soll die Wirtschaftsförderung intensiviert werden, zudem werden weitere Gewerbeflächen im Ortsteil Oeding gefordert, um die Lage zu den Niederlanden zu nutzen.

Kritisiert werden die steigenden Gebühren und Energiekosten. Zu diesem Bereich hat die **UWG-Fraktion** in der Sitzung des HFA am 22.01.2007 Anträge gestellt, die aber abgelehnt wurden. Mittel für Wirtschaftswege dürfen nicht reduziert und Mittel für Gehwege müssen aufgestockt werden. Diesbezügliche Anträge der **UWG-Fraktion** wurden ebenfalls abgelehnt.

Beim ILEK-Programm sieht die **UWG-Fraktion** nur Gutachterkosten, sonst nichts. Ebenso geht die von ihr vorhergesagte Steigerung der Abwassergebühren weiter. Der Schuldenberg ist nach Meinung der **UWG-Fraktion** zu hoch, eine Entschuldung aufgrund der konjunkturellen Situation ist erforderlich.

Von der CDU-Fraktion wird hinsichtlich eingebrachter Anträge Kompromissbereitschaft gefordert. Da diese in der HFA-Sitzung nicht an den Tag gelegt worden ist, wird der Haushalt abgelehnt, dem Stellenplan wird zugestimmt.

Für die **SPD-Fraktion** ist der Haushalt nicht zukunftsorientiert genug. Vor allem aus zwei Gründen kann sie dem Haushalt nicht zustimmen.

1. Der Haushalt lässt ihrer Meinung nach zu wenig Spielraum für Gefährdungen, die noch von der Landesregierung drohen.
2. Anregungen zum Haushalt, die zur HFA-Sitzung von den Fraktionen oder auch Ratsmitgliedern eingebracht worden sind, wurden wieder einmal abgeschmettert. Es muss für die Ratsmitglieder möglich sein, mit finanziellen Aufwendungen verbundene Maßnahmen zu beantragen, für die die Verwaltung Deckungsvorschläge erarbeitet.

Die **SPD-Fraktion** sieht in der gegenwärtigen Vorgehensweise die Gefahr, in eine Bewegungsstarre zu verfallen.

Für die Steigerung der Attraktivität der Gemeinde ist es erforderlich, Fördertöpfe ausfindig zu machen.

Trotz der gestiegenen Einnahmen sieht **RM Schlechter** noch kein Auskommen mit den Einnahmen. Positiv sieht er die hohen Investitionen im Schulbereich.

Bei der moderaten Anhebung der Abwassergebühr sieht er keine Alternative. Da er den Haushalt der Gemeinde aber insgesamt auf einem guten Weg sieht, stimmt er dem Haushalt zu.

Für **RM Schleif** ist Zufriedenheit mit dem Haushalt nur der erste Anschein. Maßnahmen der Landesregierung im Umweltbereich und der Krankenhausfinanzierung ändern das Bild. Ein nicht richtiger Weg ist die Erhöhung der Kreisumlage und die Reduzierung der Jugendförde-

rung. Es werden im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit kreative Ansätze gefordert, um diesem Trend entgegen zu wirken.

Die Steigerung der Abwassergebühr ist seiner Ansicht nach auf das Regenrückhaltebecken für das Baugebiet „Burloer Straße/West“ zurück zu führen. Hinsichtlich der zu zahlenden Abwasserabgabe sollen bei Investitionen Amortisationsrechnungen gemacht werden.

Im schulischen Bereich fordert er ein Konzept für eine Ganztagschule.

Wegen des unzureichenden Gegenfinanzierungsvorschlages wurden seine Anträge in der Sitzung des HFA vom 22.01.2007 abgelehnt. Die wird von ihm scharf kritisiert. Seiner Meinung nach sollten vor Verabschiedung die Großbetriebe gefragt werden, wie viel Gewerbesteuer im kommenden Jahr von ihnen zu erwarten ist.

Bei der gegenwärtigen Handhabung werden so Millionenbeträge von der Verwaltung der politischen Entscheidung entzogen.

Aus den vorgenannten Gründen stimmt er dem Haushalt nicht zu.

Vom **BM** wird dem **RM Schleif** hinsichtlich seines Vorwurfes, Gelder würden der politischen Entscheidung entzogen, vorgehalten, dass Haushaltssystem offensichtlich nicht begriffen zu haben.

Beschluss:

**18 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen**

1. Die Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.01.2007 zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007 werden zu Beschlüssen des Rates erhoben.
2. Dem Haushaltsplan 2007 in der vorliegenden geänderten Fassung wird damit zugestimmt.

2.2 Haushaltssatzung 2007

Beschluss:

**18 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen**

H a u s h a l t s s a t z u n g der Gemeinde Südlohn für das Haushaltsjahr 2007

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z.Z. gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Südlohn am 14.02.2007 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 wird im **Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme auf **12.280.950 €**
in der Ausgabe auf **12.280.950 €**

im **Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf **3.877.010 €**
in der Ausgabe auf **3.877.010 €**
festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2007 zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögenshaushaltes (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf

87.095 €
festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2007 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

2.000.000 €
festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	192 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v.H.
2.	Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag auf	403 v.H.

Die Angabe der Hebesätze hat nur deklaratorische Bedeutung, da die Steuersätze in der Hebesatz-Satzung festgesetzt werden.

TOP 3: Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm für die Jahre 2006 bis 2010

Beschluss: **18 Ja-Stimmen**
1 Nein-Stimme
6 Enthaltungen

Das Investitionsprogramm 2006 bis 2010 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

TOP 4: Beratung und Beschlussfassung über den Stellenplan für das Jahr 2007

Beschluss: **24 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Stellenplan 2007 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

TOP 5: Kenntnisnahme des Finanzplans für die Jahre 2006 bis 2010

Der Finanzplan wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen.

**TOP 6: 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16 „Burloer Str. Ost“
(Sitzungsvorlage Nr. 80338)**

A. Behandlung der vorgebrachten Anregungen des Kreises Borken

a) Fachbereich 63.01 – Bauen und Wohnen

Beschluss (B1): **24 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Anregung wird entsprochen. Die Planzeichnung basiert auf der 4. vereinfachten Änderung zu diesem Bebauungsplan.

Zur Klarstellung werden die angesprochenen Ausgaben und Vermessungen in den Plan übernommen.

b) Fachbereich 66.1 – Natur und Umwelt

Beschluss (B2): **24 Ja-Stimmen**
1 Nein-Stimme

Der Anregung wird entsprochen.

Gemäß den neuen gesetzlichen Vorgaben wird das Überschwemmungsgebiet nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen.

Mit der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Landeswassergesetzes (LWG) ist ein „Bestandsschutz“ für bisherige Baurechte nicht mehr grundsätzlich gegeben.

Neben der Baugenehmigung ist eine Genehmigung nach § 31b WHG bzw. eine Befreiung nach § 133 LWG durch die Untere Wasserbehörde erforderlich. Die Grundstückseigentümerin, die Bauherren, sowie der Investor wurden durch die Gemeinde Südlohn bereits über diese gesetzlichen Neuregelungen informiert.

Dies gilt auch für die im Bereich der 4. vereinfachten Änderung liegenden Bauvorhaben, für die bereits Genehmigungsfreistellungen nach § 67 BauGB erteilt wurden, mit deren Umsetzung aber bislang noch nicht begonnen wurde.

Die Erteilung dieser Genehmigung ist an folgenden gesetzlichen Voraussetzungen gebunden:

„Die Errichtung und die Erweiterung einer baulichen Anlage nach den §§ 30 , 34 und 35 des Baugesetzbuchs in Überschwemmungsgebieten nach Absatz 2 Satz 3 und 4 bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn im Einzelfall das Vorhaben

1. *die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum zeitgleich ausgeglichen wird,*
2. *den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,*
3. *den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und*
4. *hochwasserangepasst ausgeführt wird oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Auflagen oder Bedingungen ausgeglichen werden können.“*

Zur Klarstellung wird in die Planzeichnung zur 5. vereinfachten Änderung ebenfalls ein entsprechender Hinweis aufgenommen.

B. Satzungsbeschluss

Beschluss (B3):

24 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

1. Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16a "Burloer Straße Ost" gem. § 10 I BauGB als Satzung.
2. Der Änderungsbereich beinhaltet das Grundstück Gemarkung Oeding, Flur 4, Parzelle 377 (tlw.), und zwar den westlichen Bereich an der Einmündung der Straße „An de Baeke“ in die „Burloer Straße“. Die nachrichtliche Übernahme des Überschwemmungsgebiets und der aufzunehmende Hinweis betrifft das gesamte Grundstück.
3. Die vereinfachte Änderung beinhaltet folgende Festsetzungen:
 - Der gem. § 9 I Nr. 22 als (private) Stellplatzfläche festgesetzte Bereich wird nach Süden erweitert.
 - Die Höhe der Lärmschutzwand wird mit max. 2,00 m festgesetzt, die Wand wird als zu begrünen festgesetzt
 - Für die Wand wird ein 1,00 m breiter Grünstreifen festgesetzt.
 - Die festgestellten Grenzen des gesetzlichen Überschwemmungsgebiets werden nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen.
 - In den Bebauungsplan wird folgender Hinweis aufgenommen:
„Die Errichtung und die Erweiterung einer baulichen Anlage nach den §§ 30 , 34 und 35 des Baugesetzbuchs in Überschwemmungsgebieten bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn im Einzelfall das Vorhaben
 1. *die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum zeitgleich ausgeglichen wird,*
 2. *den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,*
 3. *den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und*
 4. *hochwasserangepasst ausgeführt wird oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Auflagen oder Bedingungen ausgeglichen werden können.“*
4. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 III BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 7: Widmung der Gemeindestraßen in den Ortsteilen Südlohn und Oeding (Sitzungsvorlage Nr. 80341)

Vor Beratung über die Sitzungsvorlage teilt der **BM** mit, dass von der Widmung zunächst die Krügerstraße im OT Oeding und zwar der verlängerte Straßenabschnitt im Bereich der Grundstücke Flur 5, Nr. 744 – 754 und 757 von dieser Widmung ausgenommen sind.

Beschluss :

Einstimmig

Die Straßen

- Bree, OT Südlohn
- Up de Roddick, OT Südlohn
- Scharperloh, OT Südlohn
- Sandstegge, OT Südlohn
- Am großen Busch, OT Südlohn
- Moate, OT Oeding
- Schultenstegge, OT Oeding

sind dem öffentlichen Verkehr als „Gemeindestraßen“ zu widmen.

TOP 8: Anträge

8.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2007 betr. Mehrgenerationenhaus (Sitzungsvorlage Nr. 80346)

Der Antrag wird von der **SPD-Fraktion** erläutert, wobei bemerkt wird, dass ein konkretes Angebot eines Investors derzeit nicht vorliegt.

Von der **CDU-Fraktion** wird ein Zusammenwirken von Jung und Alt auch weiterhin gefördert, aber es soll nur realisiert werden, wenn Investoren vorhanden sind.

Von **RM Schleif** wird angeregt, einen Auftrag an die Verwaltung zu geben, Fördermöglichkeiten zu prüfen und evtl. durch eine Presseveröffentlichung hierauf hinzuweisen.

RM Frieling steht diesem Antrag grundsätzlich positiv gegenüber fragt sich aber, wie konkret dieser ist. Für ein Mehrgenerationenhaus kann die Gemeinde kein kostenloses Grundstück zur Verfügung stellen, sondern lediglich eine Information an die Presse geben, dass die Gemeinde hierfür offen ist.

Über den Antrag des **RM Schleif** wird entschieden.

Beschluss :

**24 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Fördermöglichkeiten für ein Mehrgenerationenhaus zu prüfen und durch eine Presseveröffentlichung den Bedarf in der Bevölkerung abzufragen.

8.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2007 betr. SVS (Sitzungsvorlage Nr. 80344)

Der Fraktionsvorsitzende der SPD **RM Schmeing** erläutert den Antrag und weist darauf hin, dass die Rechnungen der SVS und die Preiskalkulation für den Bürger teilweise nicht transparent und nachvollziehbar sind.

Aus diesem Grunde sieht er nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den Ratsmitgliedern Informationsbedarf.

RM Kahmen weist darauf hin, dass in den Gremien der SVS alle Parteien, somit auch die SPD-Fraktion vertreten sind. Er unterstützt zwar eine Information an den Bürger, kann Defizite aber nicht erkennen. Im weiteren Verlauf der Diskussion wird eine Versammlung gewünscht, in der der Geschäftsführer der SVS zur Preiskalkulation Stellung nehmen soll.

RM Frieling unterstützt den Antrag, den Geschäftsführer der SVS, Herrn Kramer, zu einem Vortrag in einer zukünftigen Ratsitzung einzuladen. Ebenso soll aber auch der Geschäftsführer der EGW, Herr Holzschneider, zu einer Sitzung eingeladen werden, um zur Gebührenstruktur und Gebührenkalkulation des Kreises Stellung zu nehmen.

*(Der **BM** nimmt an dieser Abstimmung nicht teil.)*

Beschluss : **20 Ja-Stimmen**
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen

Der Geschäftsführer der SVS Versorgungs- GmbH Herr Kramer soll in einer zukünftigen Sitzung des Rates einen Vortrag zur SVS Arbeit, insbesondere zur Preiskalkulation geben.

Beschluss : **24 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Geschäftsführer der EGW GmbH, Herr Holzschneider soll zu einer kommenden Sitzung des Gemeinderates eingeladen werden um zur Gebührenstruktur und Kalkulation der EGW Stellung zu nehmen.

8.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 30.01.2007 betr. „Schulstandorte sichern – Bildungsangebote verbreitern“ (Sitzungsvorlage Nr. 80345)

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion **RM Frieling** nimmt Bezug auf seine Haushaltsrede und erläutert den Antrag der CDU. Er legt Wert auf die Feststellung, dass eine durchzuführende Befragung ergebnisoffen sein soll, weist aber darauf hin, dass es dringend ist, weil Mittel des Landes nur zeitlich begrenzt zur Verfügung stehen. Ebenso soll die gesamte Organisation über den Förderverein laufen und nicht über die Gemeinde abgewickelt werden.

Von der **UWG-Fraktion** wird der Antrag der **CDU-Fraktion** unterstützt.

Beschluss : **Einstimmig**

Der Rat der Gemeinde Südlohn beauftragt die Gemeindeverwaltung, gemeinsam mit den Schulbehörden die Möglichkeiten für neue Unterrichtsmodelle an den gemeindlichen Grundschulen auszuloten. In Oeding an der von Galen Grundschule soll dazu die Durchführung eines integrativen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Schülern geprüft werden, was im Erfolgsfall zusätzliches Lehrpersonal und über die Ortsgrenzen mögliche Anmeldungen sichern würde. In Südlohn soll kurzfristig über eine neue Elternbefragung das Interesse für den offenen Ganztagsbetrieb an der St. Vitus Grundschule ermittelt werden. Bei ausreichenden Anmeldungen sollte dieses Angebot in Absprache mit dem Förderverein umgesetzt werden.

TOP 9: Mitteilungen und Anfragen

9.1 Ortsumgehung Oeding

Der **BM** teilt mit, dass der Bestemmingsplan für die Ortsumgehung Oeding von den Niederlanden verabschiedet worden ist.

9.2 Gutachten der Energieagentur

Das bei der Energieagentur angeforderte Gutachten liegt nunmehr vor und soll dem Bauausschuss in seiner nächsten Sitzung vorgestellt werden.

9.3. Sanierung der Baumwollstraße (L572)

Nach einer Mitteilung des Landesbetriebes Straßen.NRW, soll die Baumwollstraße auf einer Gesamtlänge von insgesamt drei Kilometern saniert werden. Diese Sanierung soll im Jahre 2007 durchgeführt werden.

9.4 Unfallstatistik 2006

Der **BM** zitiert aus einer Statistik der Kreispolizeibehörde Borken, wonach in Südlohn die Zahl der Verkehrsunfälle im Jahre 2006 gegenüber dem Jahr 2005 um 21,2 % abgenommen hat. Ebenso ist in den meisten anderen Kategorien eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

9.5 Rathausdach

Der **BM** teilt mit, dass im Termin am 26.01.2006 der Rechtsstreit durch Vergleich endgültig abgeschlossen werden konnte. Die erforderliche Dachsanierung kann nunmehr erfolgen.

9.6 Situationsbericht „Burloer Straße/West“

Der **BM** teilt mit, dass derzeit eine Diskussion mit dem Landesumweltamt läuft, mit dem Ziel die Immissionen in dem Baugebiet zu reduzieren.

9.7 Lehrerfortbildung im Rahmen der „Prävention gegen häusliche Gewalt“

RM Kahmen weist darauf hin, dass der Kreis durch eine Presseveröffentlichung Werbung für seine Lehrerfortbildung zum Thema „Prävention gegen häusliche Gewalt“ macht.

Die Teilnahmegebühr beträgt 75,- €. Er fragt die Verwaltung, ob es möglich ist, die Verantwortlichen darauf hinzuweisen und ob der Kreis diese Kosten zu übernehmen hat oder ob gegebenenfalls auch die Gemeinde bei der Finanzierung behilflich sein kann.

Der **BM** teilt mit, dass es der Verwaltung möglich ist, auf dieses Seminar hinzuweisen. Bei der Frage der Finanzierung sollte möglichst der Kreis eintreten. Geschieht dies nicht, so würde sicherlich bei der Gemeinde Südlohn eine pragmatische Lösung gefunden werden.

9.8 „Betreutes Wohnen“ im Ortsteil Oeding

RM Schlechter fragt an, ob es neue Erkenntnisse für das Projekt „Betreutes Wohnen“ in Oeding gibt.

Der **BM** bejaht dies, kann aber Informationen nur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung geben.

Beckmann

Wilmers